Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 127. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag den 4. Juni 1925

Sicherungsspiel.

Die deutsche Politik ist seit Anfang Februar, als wir nach London und Paris unsere Vorschläge zu einem Sicherungsabkommen absandten, bemerkenswert zurückhaltend geworden. Das Auswärtige Amt hatte sich einen Feldzugsplan zurechtgemacht, der von der felsenfesten Überzeugung ausging, es genüge den Franzosen gegenüber, einen neuen feierlichen Verzicht auf Elsaß-Lothringen auszusprechen, um sie zu befriedigen. Man erinnerte daran, welches außerordentlich große Gewicht Bismarck auf eine zweite, feierliche Bekräftigung des Frankfurter Friedens von 1871 gelegt hatte und wie er zu diesem Zweck den Franzosen kolonialpolitisch außerordentlich entgegengekommen war. Nun sollte man aber auch daran erinnern, daß Frankreich diese zweite Bekräftigung des Frankfurter Friedens nie ausgesprochen, vielmehr in Wort und Tat, offiziell und offiziös, aber in breitester Öffentlichkeit sein sogenanntes Recht auf Elsaß-Lothringen immer aufrechterhalten hat. Die Voraussetzung, von der unser Auswärtiges Amt ausgegangen ist, hat sich aber, wie ihm das allzu oft schon passiert ist, als unrichtig herausgestellt. Niemand weiß, wie sich die ganze Frage der Besetzung des Rheinlandes noch entwickeln wird; das eine steht jedenfalls fest: der Engländer geht bestimmt nicht aus Köln fort, ehe nicht der letzte Franzose aus dem Rheinland heraus ist. Wann das geschieht und ob das geschieht, darüber läßt sich trotz Versailler Vertrag so gar nichts sagen; denn nach den Erfahrungen, die wir mit der Entwicklung nach dem ersten Räumungstermin schon gemacht haben, steht das eine fest, daß nämlich der Franzose alles daransetzen wird, trotz Recht oder Unrecht, am Rhein stehenzubleiben.

Nach dieser Richtung hin wirkt nun auch der neueste Versuch Frankreichs, stärksten Einfluß im Rheinlande zu behalten, indem nun in Paris vorgeschlagen ist, Frankreich ein militärisches Durchzugsrecht durch die neutralisierten Rheinlande zu gewähren für den Fall eines Konflikts zwischen Deutschland und Polen. Andererseits müsse natürlich Deutschland den Versailler Vertragsbestimmungen gemäß das militärisch neutralisierte Rheinland respektieren. Das soll das Entgelt dafür sein, daß Frankreich nun in der Frage des Garantiepakts für die Verhältnisse an den deutschen Ostgrenzen auf seinen bisherigen Widerstand gegen den englischen Standpunkt verzichtet.

Dieser Vorschlag ist blasseste Theorie. Man denkt an die Ereignisse vom August 1914, als man theoretisch ein deutsches Durchzugsrecht durch Belgien annehmen konnte, dieses Recht aber durch den belgischen Widerstand glattweg illusorisch gemacht wurde. Die Innehaltung derartiger Verträge gilt nur solange, als eine Macht dahinter steht, ihre Wahrung zu erzwingen. Blasseste Theorie ist ja überhaupt die Diskussion über die entmilitarisierte Zone am Rhein zu einer Zeit, da ein Flugzeuggeschwader diese Zone in einer Stunde überfliegt, da ein Geschütz diese ganze Zone glattweg überschießen kann. Das weiß der französische Generalstab natürlich auch ganz genau, aber militärische Erwägungen spielen bei dieser Frage ja gar keine Rolle, sondern nur politische. Die notwendige Folge einer Annahme des französischen Vorschlags wäre natürlich nichts anderes, als daß in irgendeiner Form irgendeine Kontrolle nicht bloß über die Wahrung der Entmilitarisierung stattfinden soll, sondern daß Frankreich für einen etwaigen Durchmarsch durch das Rheinland gewisse Vorbereitungen treffen kann, auf gut Deutsch, daß es irgendwie mit einem Fuß im Rheinland stehenbleibt.

Dafür will es also seinen Widerstand gegen Englands Stellung in der Ostfrage aufgeben; gegen dieses rein theoretische Nachgeben besteht es aber auf dem bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und vor allem auf der Eingliederung des Garantiepaktes in das Versailler Diktat. Damit wäre das erreicht, was Bismarck von Frankreich vergeblich verlangte, was aber wir einzuräumen selbst vorgeschlagen haben: eine neue Garantie der Verhältnisse, wie sie in Versailles geschaffen wurden.

Allerdings nur für die deutschen Westgrenzen; der deutsche Standpunkt in der Ostfrage ist, von England unterstützt, scheinbar durchgedrungen. Das hat sofort Herrn Dr. Benesch, den tschechoslowakischen Außenminister, veranlaßt schleunigst nach Paris zu reisen. Wenn die Pariser amtliche Telegraphenagentur berichtet, sein Besuch betreffe nicht den Sicherheitspakt, so ist natürlich das Gegenteil richtig. Benesch hat seit den Verhandlungen in Genf im September v. Js. seine Hände sehr tief in das diplomatische Spiel um den Sicherheitspakt hineingesteckt, und er ist nicht nur der rührigste und tatkräftigste Staatsmann der Kleinen Entente, deren Bestehen und Vergehen gerade von den Versailler Vertragsbestimmungen abhängig ist. Die nach deutschem Vorschlag mögliche Abänderung in der Begrenzung jener neuen Staatsgebilde hat ebenso die Kleine Entente wie Polen auf den Plan gerufen. Benesch wird natürlich in Paris den Versuch machen, den französischen Widerstand zu versteifen oder zum mindesten die Zustimmung Frankreichs zu den englischen Ansichten möglichst teuer zu verkaufen.

Die unterschiedliche Behandlung Deutschlands aus seinem eigenen Hoheitsgebiet im Rheinland gegenüber den Rechten, die Frankreich erhalten soll, läßt natürlich eine immer fragwürdiger werden: das ist Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Ist ein unüberwindliches Hemmnis schon die grundsätzliche Einrichtung einer stark unter französischem Einfluß stehenden Völkerbundskontrolle im Rheinland, so wird dieser Eintritt in den Völkerbund sehr erschwert durch die Art, wie man hier zwei Völkern eine denkbar ungleichmäßige Behandlung widerfahren läßt. Mag man also ruhig den Sicherheitspakt abschließen unter stärkstem Druck Deutschland gegenüber —, der tiefe Sinn, den ein derartiges Sicherungsabkommen haben könnte, ist ihm genommen, und darum wird er kaum das Papier wert sein, auf dem man ihn niederschreiben wird.

Donnerstag Ueberreichung der Botschafternote.

Die Entwaffnungsforderungen.

Berlin, 2. Juni.

Die Übergabe der an Deutschland gerichteten Entwaffnungsnote ist heute noch nicht erfolgt, wie angekündigt worden war. Zwar ist sie sofort nach Genehmigung durch die Botschafterkonferenz in Paris durch Sonderkurier noch am Pfingstsonnabend nach Berlin übersandt worden. Doch wird Reichskanzler Dr. Luther, der auf Pfingsturlaub abwesend war, erst Donnerstag zurückerwartet. Ebenso hält sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch in Baden-Baden auf. Die Überreichung der Note, die ein Schriftstück von fünf Seiten mit zwei Anhängen umfaßt, wird Donnerstag an den Reichskanzler erfolgen, bald nachher ist die Veröffentlichung geplant.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 3. Juni. Wie der Lokalanzeiger meldet, dürfte die Note am Donnerstag mittag überreicht werden. Dabei werden die Botschafter von England, Frankreich, Italien und Japan anwesend sein. Ob eine Uebergabe an den Reichskanzler oder an den Reichsaußenminister stattfindet, steht noch immer nicht endgültig fest. Jedenfalls wird Dr. Stresemann am Mittwoch abend und Dr. Luther am Donnerstag früh nach Berlin zurückkehren. Im Anschluß an die Note werden wohl langwierige Verhandlungen gepflogen werden, die sich voraussichtlich einige Monate hinausziehen dürften, bis über alle Beschwerdepunkte der Botschafterkonferenz ausreichend Klarheit geschaffen wurde. Infolgedessen wird die Entwaffnungsfrage auch von der Tagesordnung der Völkerbundssitzung abgesetzt werden. Andererseits ist zu erwarten, daß im Zusammenhang mit der Militärkontrollfrage nun auch die Sicherheitsfrage wieder in Fluß kommt.

Freitag Veröffentlichung der Note in der Pariser Presse.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 3. Juni. Die Note der Botschafterkonferenz wird den Pariser Blättern Freitag abend zugestellt und dann Sonnabend früh veröffentlicht werden.

Der „Temps" über die gegenwärtige Haltung der deutschen Presse.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 3. Juni. Der Temps wendet sich in seinem gestrigen Leitartikel in scharfen Ausdrücken gegen die deutsche Presse, die, ohne die Veröffentlichung der interalliierten Abrüstungsnote abzuwarten, an dem Schriftstück bereits scharfe Kritik übe. Eine Auffassung von der Situation könne man erst Ende der Woche nach erfolgter Veröffentlichung des Dokuments bilden. Es liege die Vermutung nahe, daß die künstliche Aufregung der deutschen Presse über die Nichträumung Kölns lediglich ein Manöver sei, um die Alliierten zu neuen Zugeständnissen zu bewegen. Vielleicht liege aber auch der Reichsregierung daran, einen Vorwand für die Zurückziehung des Garantievertragsangebots zu erhalten, nachdem erwiesen sei, daß die Verbündeten das Angebot jetzt ernsthafter in Erwägung ziehen. Die Aufnahme der Note durch das Kabinett Luther würde die wahre Haltung Deutschlands unzweideutig erkennen lassen. Auf jeden Fall würden die deutschen Proteste an den Beschlüssen der Alliierten nichts ändern können.

Ein halbamtlicher Artikel der Londoner „Times" von heute sagt über die Verhandlungen zu den Sicherheitsfragen zwischen England und Frankreich, die französische Regierung habe die englische Auffassung offiziell willkommen geheißen, obwohl sie vorher in der Presse kritisiert worden sei, weil sie nicht genau mit den französischen Erwartungen und Ansichten übereinstimme. Es sei jedoch ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die englische Antwort offiziell willkommen geheißen wurde. England könne nicht mehr tun, als es angeboten habe. Eine erneute und spezifizierte Garantie der Grenzen durch Deutschland, Frankreich, Belgien, vielleicht auch durch Italien und natürlich durch England wäre eine Regelung, die den Frieden in Europa garantieren würde. England habe enorme Opfer im Kriege gebracht, um die Grundprinzipien des Friedens zu verteidigen. Was die östlichen Grenzen anbetreffe, an denen Frankreich besonders durch sein Bündnis mit Polen und der Tschechoslowakei interessiert sei, könne England „keine andere Abmachung eingehen als die, welche im Friedensvertrage von Versailles und durch den Völkerbund niedergelegt sei". Die englische Regierung sei bereit, sich mit Frankreich, Deutschland und anderen Mächten in der Garantie der westlichen Grenzen zu verbünden. Das sei in sich selbst ein sehr wichtiger Schritt. Seien einmal die westlichen Grenzen wirklich garantiert und das Vertrauen in den Frieden unter den hauptsächlichen Mächten Europas wieder hergestellt, so bleibt der Rest ja nur eine Frage der Verständigung.

Noch keine Verhandlungen über die Durchmarschfrage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 3. Juni. An zuständiger Stelle wird erklärt, daß den in der Presse verbreiteten Nachrichten über die angebliche Regelung der französischen Durchmarschrechte durch das Rheinland, keine Bedeutung beizumessen sei, da die Verhandlungen noch gar nicht so weit seien, daß über diese Frage gesprochen werden könnte.

Amerika hält Deutschland für abgerüstet.

Eine Meldung des „International" aus Londoner diplomatischen Kreisen erklärt, die diplomatischen Kreise Amerikas würden auch fernerhin in ihren Berichten zum Ausdruck bringen, daß Deutschland abgerüstet sei. Amerika würde, wenn der Sicherheitspakt an Frankreich zerschelle, gewissermaßen sich auf Deutschlands Seite stellen, denn ein weiterer Druck in der Abrüstungsfrage vermehre Deutschlands ökonomische Belastung und seine innerpolitischen Schwierigkeiten.

Der kommunistische Abg. Stoecker nicht in London.

London, 3. Juni. Die gestern berichtete Anwesenheit des deutschen Reichstagsabgeordneten Stöcker bei der Versammlung in Glasgow wird von amtlicher Stelle als unrichtig bezeichnet. Die kommunistische Partei haben einen, in England weilenden Deutschen der Versammlung als einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten vorgeführt. Nach Ansicht der Polizei ist niemand aus Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz in Glasgow eingereist. Die Nachricht sei als eine bewußte Irreführung der Versammlung durch die kommunistischen Führer aufzufassen.

Bulgariens Verpflichtungen gegen Deutschland.

Berlin, 3. Juni. Wie die Tägliche Rundschau aus Sofia meldet, ist für die Prüfung der Verpflichtungen Bulgariens gegenüber Deutschland eine besondere Kommission gebildet worden. Nach Feststellung der Verpflichtungen gegenüber Deutschland wird Bulgarien seine Leistungen an die Reparationskommission wirken.

Eine Rede Painlevés.

Elsaß-Lothringen soll Friedensvermittler sein.

Der Präsident der Französischen Republik, Doumergue, sowie der französische Ministerpräsident Painlevé haben an einem Fest der elsässischen Turner in Straßburg teilgenommen und diese Gelegenheit auch zu politischen Reden benutzt. Präsident Doumergue glaubte feststellen zu können, daß das Herz Elsaß-Lothringens in den letzten fünfzig Jahren trotz aller heftigen Bedrückungen unveränderlich französisch geblieben sei.

Im übrigen drehten sich die Ausführungen beider Staatsmänner um die Frage der Sicherheit und des Friedens. Doumergue mahnte zu unermüdlicher Wachsamkeit, solange Frankreich nicht die Gewißheit habe, daß „die Urheber des letzten Weltkrieges" von keinem Revanchegedanken erfüllt seien.

Etwas friedvoller waren die Gedanken Painlevés, der Elsaß-Lothringen die historische Aufgabe zudachte, durch sein Genie zur gegenseitigen Verständigung der beiden großen Völker beizutragen. Muß die Linie, die Frankreich und Deutschland trennt, denn stets eine bedrohte Grenzlinie sein? rief Painlevé. Ein Tag wird anbrechen, der vielleicht näher ist als man glaubt, wo die Völker in der Erkenntnis der bitteren Lehren des Krieges die Schranken des Egoismus und des Hasses zwischen sich fallen lassen werden.

Painlevé kündigte schließlich an, daß für Elsaß-Lothringen ein beratender Ausschuß geschaffen werden soll, der in allen Fragen der Landesverwaltung gehört werden soll.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF